

Manöver der Gewerkschaftsbürokratie zu den Betriebsrätewahlen

Die in den nächsten Wochen bevorstehenden Wahlen der Betriebsräte werden von der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zu neuen Manövern benutzt, die der Ablenkung der Arbeiter vom Kampf dienen sollen. Dabei geht es um die Gewerkschaftsbürokratie im härtesten Maße unter den Arbeitern bestehend und wachsenden Drang nach Revolutionäre Kampfentscheidungen und Verzicht diesen Drang zum Fesseln und zur Zerschlagung der Arbeiter auszunutzen.

So heißt es in der letzten erschienenen neuen Nummer der Gewerkschaftszeitung, des Organs des ADGB:

„Die Betriebsrätewahlen 1933 werden und müssen unter der Kontrolle der Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften stehen.“

Das ist nichts anderes als die erneute Betätigung der Ausschaltung der unorganisierten Arbeiter bei den Entscheidungen im Betrieb. Damit wird auch der Kampf verfolgt, die Arbeiter zum Verzicht auf den Kampf gegen die sozialfaschistische Führung der Gewerkschaften zu bewegen. Und schließlich handelt es sich hier um die Aufhebung neuer Spaltungsmassnahmen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, die gerade jetzt, bei den Betriebsrätewahlen, alle revolutionären Elemente aus den Gewerkschaften hinauswerfen beabsichtigt wird.

Darum gilt es die Betriebsrätewahlen gleichzeitig zu einer mächtigen Schlacht gegen den Sozialfaschismus zu machen und zu verhindern, daß die Bürokratie den Einheitsdrang der Arbeiter für die Zwecke neuen Bezugs und neuer Scharfmacher ausnützt.

Das geschieht am besten, wenn wir die Betriebsrätewahlen engstens mit der Wahlmachung der Arbeitermassen für neue flagrende Kämpfe verbinden und in diesen Kämpfen, die in engster

Kampfgemeinschaft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit den unorganisierten durchgeführt werden müssen, die rote Einheitsfrontaktion führen und immer mehr ausbreiten.

Nach rotem Betriebsratswahlkampf erfolgreicher Zeitstreik in Kallwert

Auf dem Kallwert Friedrichshall-Schule (Hannover), wo erst kürzlich die Reformisten die beiden letzten Betriebsratsposten unter Tage an die Opposition verloren, legte am 18. Januar die Belegschaft auf der 500-Meter-Sohle geschlossenen die Arbeit nieder, weil die Wetterführung nicht in Ordnung war. Die Arbeit wurde erst wieder aufgenommen, nachdem die Forderung besetzt war.

Dieser Arbeitsunterbrechung ist um so bedeutsamer, als dies die erste Arbeitsunterbrechung seit zehn Jahren im Kallwert war. In dem gefährdeten Betriebspunkt arbeiten arbeitslose, unorganisierte und KPD-Kollegen, die geschlossenen streikten. Während des Streiks machte der Streiker ein außerordentlich interessantes Gespräch. Als er auf die mangelhafte Wetterführung aufmerksam gemacht wurde, erwiderte er: „Sie (die Arbeiter) haben doch schon immer so gearbeitet. Erst seit der roten Betriebsrat da ist, wollen sie das nicht mehr!“

Das ist ein unfrommliches Eingeständnis für das wirklame Eintreten des Betriebsrates im Interesse der Belegschaft wie für die maßgebende Wirkung der richtig durchgeführten Betriebsratswahlen, was schließlich auch den Zeitstreik auslöste.

Noch 3 Tage habt ihr Zeit

den Großverkaufstag der Lenin-Sondernummer zu organisieren!

Am Sonnabend erscheint die große Sonderausgabe der Arbeiterstimme, die den besten Willen der Belegschaft zugänglich gemacht werden muß. Ihr erfüllt damit eine von Lenin geforderte Aufgabe, die er in seinem Testament besonders betonte:

„Zum Aus- und Aufbau der Partei brauchen wir eine Zeitung. Sie ist unerlässlich zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse.“

Genossen! An euch liegt es, die Arbeiterstimme durch Massenarbeit zu popularisieren und unermüdet für sie zu werben. Verwendet die starke Waffe der roten Partei als besten Agitator, Propagandist und Organisator in Sinne Lenins.

Kein Haus, keine Wohnung darf es am 21. Januar geben, wo nicht die Arbeiterstimme, das Organ der Partei Lenin, des Führers des internationalen Proletariats, zu haben oder nicht angeboten worden ist.

Der Todestag Lenins muß eine Spitzenleistung organisierter Massenverkörperung der „Arbeiterstimme“ werden! PSD-Leute vor die Front!

Die Zeitung erscheint als Frühausgabe. Höhere Beteiligung durch die Partei.

Kampfabend der Dresdner Parteiarbeiter

Selbst tagen die Parteiarbeiter Dresdens, um im Mittelbau nach der Kampfabend der sächsischen Parteiarbeiter unserer Partei mit den Aufgaben des Kampfes gegen den Faschismus und Kriegsgelahr und der Massenmobilisierung gegen Hunger und Frost zu beschäftigen. In der Parteiarbeiterkammer nahmen über 700 Parteiarbeiter teil, von denen annähernd 200 Parteiarbeiter waren.

Der Führer unserer sächsischen Parteiarbeiter, der同志 Erich Selbmann, hielt ein leidenschaftliches, volles Reden über die politische Lage und die Aufgaben der Partei unter besonderer Berücksichtigung der Kampfabend der Parteiarbeiter unter revolutionären Einheitsfrontpolitik. In Zusammenhang damit stellte er vor allem die Frage der Zusammenarbeit der Kommunisten an der Spitze der Arbeiterfront mit dem Sozialismus der Partei im Kampf gegen die sozialfaschistische Betrugsmaschine, die von unseren Genossen noch viel fähiger und entschlossener bekämpft, durchkreuzt und zerschlagen werden müssen.

In Anblich an dieses wegweisende Reden sprach der Parteiarbeiter in der Diskussion, von allen unter vornehmlich die Fragen der Wahlmachung der Arbeiter in den Betriebsrätewahlen, die Fragen der innergewerkschaftlichen Arbeit, der Arbeit unter den Angehörigen und unter den Parteiarbeitern gestellt.

Die Diskussion leugte von dem großen Ernst aller Genossen die Mehrheit des Proletariats zu erobern und die Arbeiter in stets härterem Maße um unsere Partei zu gewinnen.

Schleicher verordnet Brotverteuerung!

Das Kartoffelbrot soll wiederkommen

Der Innenminister der Schleicherregierung hat in einem geheimen Rundschreiben an die Polizeibehörden angeordnet, der Zulassung von Kartoffelmehl zum Brot, falls durch die Polizei nicht beanstandet werden, nicht dann nicht, wenn diese Beanstandung nicht ausdrücklich gekennzeichnet ist, wie dies das Lebensmittelgesetz verlangt. Der Zulassung soll etwa 5 Prozent betragen, in der verwendeten Form des Kartoffelmehls entspricht dies der dreifachen Menge gebackter Kartoffeln.

Nach den Plänen der Schleicherregierung, die auf eine Befreiung der Margarine hinauslaufen, soll jetzt auch die Befreiung des Brotes in einer Form verringert werden, die das benötigte Brot noch in den Schatten stellt.

Kartoffelmehl wird mit dem Schalen getrocknete getrocknete Kartoffeln, deren Beimischung zum Brot außerordentlich viel Wasser bindet. Das Brot wird nach und nach, außerdem ist die Menge des verwandten Kartoffelmehls nicht einwandfrei nachweisbar, so daß in Wirklichkeit noch bedeutend mehr gemischt werden kann, als „behördlich empfohlen“ ist.

Das ist ein neuer Anschlag der Schleicherregierung auf die Lebenshaltung der werktätigen Massen. Das Brot wird durch die Beimischung von Kartoffeln nicht nur schlechter, sondern auch teurer. Und das in einer Zeit, in der die Speicher voll liegen, Kartoffeln gibt im Überflut. Anstatt aber vom Überflut die Millionen Hungernden zu sättigen, wird das Getreide für die menschliche Ernährung unbrauchbar gemacht und als Viehfutter verwendet, die Kartoffeln aber mit dem Schalen getrocknet, gemischt und ins Brot gegeben, damit die Preise genügend hoch gehalten werden können und eine Handvoll Großgrundbesitzer und Großspekulanten auf Kosten der dritten Waise der Werktätigen Profit machen kann.

Der neueste Vorschlag des Schleicherkabinetts muß auf den letzten Übertritt der Massen führen. Noch lauter muß der Ruf ertönen: Öffnet die Speicher und halbt! Der mit dem Überflut für die Waise der Hungernden und Frierenden!

„Es fallen heute so viele um“

Wehrt euch gegen Hunger und Frost! Verstärkt den Kampf!

„Als am Freitagmittag 1 Uhr vor dem Hause Elber Str. 63 ein alter Mann zusammenbrach, mit dem mühen Kopf aufs Wasser schlug und ihm das Blut übers Gesicht lief. Der Hunger und die Kälte hatten den alten Mann umgeworfen. ... Es fallen heute so viele um.“

Das ist mündlich eine Meldung dem „Sozialisten“ vom 15. Januar entnommen. Die Arbeitslosen, die Werktätigen sind dem Hunger und Frost preisgegeben. Nach dem Einlegen der verschänten Kälte ist die Not der Arbeitslosen in ungemessener Höhe.

Die SPD-Presse stellt zwar fest, daß heute so viele umfallen, aber sie versucht gleichzeitig den Kampf gegen Hunger und Frost zu lähmen. Während die Dresdner Volkszeitung am Dienstag über zwei Seiten hinweg sich über den „Berrat der Bürgerlichen empört, weil diese nicht für einen sozialdemokratischen Vorstoß stimmten, wie das vereinbart war, findet sie kein Wort zu der Verschleppung der kommunikativen Winterhilfsanträge. Die Massenemonstrationen der Erwerbslosen werden von ihr als „kleine Zusammenrottungen“ belächelt und die Dresdner Volkszeitung bringt es sogar fertig, das ungeheuerliche Vergehen der Polizei gegen die Hungernden und Frierenden zu entschuldigen.

In Dresden und überall werden den Erwerbslosen die im Überflut vorhandenen Lebensmittel und Kohlen verweigert. Die Schleicherregierung hat jede Winterhilfe abgelehnt. Es werden lediglich Verteilungsscheine für Brot und Fleisch ausgeben, aber schon die Verteilungsscheine für Fleisch sind für lauernde Erwerbslose nutzlos, weil sie sich kein Fleisch mehr leisten können. Inzwischen wachen die Vögel der unersättlichen Lebensmittel und Kohle weiter an. Deshalb gilt es, den Kampf gegen Hunger und Frost zu verstärken.

Nazi-Rach im Preussischen Landtag

Angriff auf den Genossen Fränken

Bei der Behandlung eines kommunikativen Antrages von Genossen Fränken (Friedrichsdorf) mangelte am Dienstag Genosse Fränken das Verhalten der Nazis gebührend fest, die sich einen früher von den Kommunisten gestellten Antrag abstrichen und einbrachten, ihn dann aber wieder zurückzuziehen als ihnen das Zentrum die Leviten las. Dann sorgten sie wiederum noch dafür, daß der kommunikativen Antrag im Ausschuss abgelehnt wurde. Als der Genosse Fränken den erneut im Plenum eingereichten Antrag begründete und fortgesetzt protokolliert von den Nazis unterbrochen wurde, legte Genosse Fränken, die Nazis wagten es ja nicht in die Beratungen der Schwabhauser zu gehen. Etwas Selbster wie die Nazis gebe es nicht. Kaum hatte er das Wort ausgeprochen, kirkten die Nazis gegen das Reduzieren. Der Nazi Niet drang auf Genossen Fränken ein und ließ ihn vor die Wahl. Im Moment lag es aus als wäre es wieder zu einer großen Schlägerei. Nur mit

Wäre gelang es Kube, seine Mannen zurückzubringen. Und nur dadurch, daß sich Genosse Wied und Wapomoff zwischen Genossen Fränken und den Nazis schaltete, wurde ein Kampf verhindert. Die Sitzung lag auf und die Nazis schrien ihr Pfeiflied.

Nach Wiederöffnung der Sitzung schloß der Vizepräsident Karl Genossen Fränken aus der Sitzung aus und notgedrungen auch den Nazi-Niet.

In Merlohn verübten Nazihandlanten auf dem Schaholop einen Feuerüberfall auf Arbeiter, wobei ein Arbeiter durch einen Stich in die Hand schwerverletzt wurde und zwei Arbeiter leichtere Verletzungen erlitten. Ein Nazi wurde durch die Gegenwehr der Arbeiter erschossen.

In der Berliner Universität protestierten die nationalsozialistischen Studenten professorliche Studenten und riefen eine Schlägerei hervor. Der Rektor alarmierte die Polizei.

Auch Gyrup beim Ruffhäufer-Bund

Der von den Gewerkschaftsbürokraten vorgeschlagene Arbeitsminister darf in der Front der imperialistischen Aufrüstung nicht fehlen

In der Sportplatzveranstaltung der Ruffhäufer-Bundes, in der Schleicher keine Forderung der allgemeinen Wehrpflicht vertrat, war nicht nur der Kronprinz sondern auch der Reichsarbeitsminister Gyrup anwesend. Die SPD-Presse verurteilt aber diese Tatsache vollständig. Kein Wunder, denn Gyrup hat ja besonders enge Beziehungen mit den aristokratischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern. Gyrup wurde im Einernamen mit Reipart ernannt. Das hat auch überausstimmend die bürgerliche Presse unterstützt und die SPD-Presse hat es mit keinem Wort zu bestritten gewagt. Nur in den Parteiverfassungen der SPD und in den Gewerkschaftsversammlungen wird von den SPD-Führern die Tatsache frech abgelehnt. Aber damit lassen sich Tatsachen nicht aus der Welt schaffen. Erst dieses Tage wurden Reipart und Siemens wieder von der Schleicherregierung empfangen.

Die Untergebenen Gyrups, die Schlichter, haben in den letzten Monaten zahlreiche Lohnabbauverträge gefaßt. Die sozialdemokratischen und aristokratischen Gewerkschaftsführer unterstützen diese Lohnabbauverträge. Gyrup baut mit den Arbeitslosenunterstützungsbeiträgen der Arbeiter den faschistischen Arbeitsdienst aus. Die SPD- und ADGB-Führer unterstützen ihn dabei. Der „Soziale Dienst“ der Offenen Front beteiligt sich sogar gemeinsam mit Stahlhelm und Nazis an der zentralen Leitung des faschistischen Arbeitsdienstes.

Wenn Gyrup in der Ruffhäuferveranstaltung in den Ruf nach der allgemeinen Dienstpflicht und nach Verschärfung der faschistischen Diktatur einstimmt, so handelt er auch da im Einvernehmen mit den sozialdemokratischen und aristokratischen Gewerkschaftsführern, die den Faschismus mit dem Faschismus geschlossen haben und die, wie Reipart auf der Bundeskonferenz in Weimar, wieder solche imperialistische Neben halten wie 1924.

Arbeiter, wehrt euch gegen die Schleicherpolitik Reiparts! Organisiert den Kampf um die Zurückberufung der alten Wehr, um die Winterhilfe für die Arbeitslosen! Steht bei den Betriebsratswahlen nur solche Kollegen auf, die gegen die Schleicherpolitik Reiparts sind und die alle ihre Kräfte im Kampf gegen Lohnabbau und Faschismus einlegen.

Hitler und Straßer luhhandeln

Wardhege gegen die Arbeiter

Gestern fand in Weimar eine Aussprache zwischen Hitler und Straßer statt. Hitler trifft heute in Berlin ein. In den nächsten Tagen findet die Verhandlung zwischen Schleicher und

Noch größere Niederlage der SPD in Brühl

Bei der Stadtratswahl in Brühl, über die wir bereits berichtet, gestaltete sich die Niederlage der SPD noch größer, als zuerst gemeldet wurde. Die SPD erhielt nämlich nicht nur 1478 statt wie gemeldet 1870. Der Rückgang der SPD ist also noch härter. Die Stimmenzahl der KPD hat sich nach der bereinigten Zählung auf 2488 erhöht.

Das Ergebnis der Wahlen in Brühl zeigt, daß die SPD in Brühl durchaus nicht als Reichsmacht gelten können. Dieser Heftigkeit wollen wir keinesfalls das Ergebnis in Brühl, das in keiner Hinsicht beirrt, beizubringen. Über das Wahlergebnis von Brühl bemerkt, daß bei kürzlichem primärem Kampf gegen die SPD unsere Partei große Erfolge in der Überwindung der Mehrheit der Arbeiterklasse erzielen kann.

Glasbetrieb wählt Jugendbetriebsrat

Die Belegschaft des Glasfabrik Rutter u. Schwarz in Brühl, die sich zu 50 Prozent aus jugendlichen Arbeitern zusammensetzt, lehnte in einer Belegschaftsversammlung einen von dem Unternehmer geplanten dreiprozentigen Lohnraub ab und schloß, in den Streik zu treten, falls der Unternehmer nicht den Lohnraub zurücknimmt. Daraufhin wurde ein Jugendbetriebsrat gewählt. Jetzt legen sämtliche reformistischen Betriebsräte ihre Funktionen nieder. Als nun die Belegschaft automatisch nachrückte, wählten die Jungarbeiter einen revolutionären Jugendbetriebsrat als Vertreter der Jugendlichen in den Betriebsrat. Obwohl die Wahl des 18jährigen Jugendbetriebsrates gegen die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes verstößt, werden der Unternehmer nicht, erste Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, weil sonst mindestens die Hälfte der Belegschaft in den Streik hinkammen würde. Er hat den Jugendbetriebsrat nicht als bedrohlich anerkannt.

Leipart in einer Front mit Siemens

Gemeinsam mit dem Ausbeuterkönig Siemens war Leipart am vergangenen Freitag zur Arbeit bei Schleicher. Gemeinsam mit dem Scharfmacher Siemens stellte er sich als Vertreter des Reichswirtschaftsrats der Schleicher-Regierung zur Verfügung. Leipart befindet sich in Zusammenarbeit mit Schleicher auf einer Linie mit den kapitalistischen Scharfmachern. Ihr Arbeiter und Gewerkschaftskollegen aber wollt in breiter Einheitsfront gegen die kapitalistischen Scharfmacher kämpfen. Wählt deshalb nur solche Betriebsräte, die im Kampf gegen die Leipart-Bürokratie stehen!

Oppositionelle Gewerkschafts- und Einheitslisten eure Antwort bei den Betriebsrätewahlen!

Japans hinderung

Veröffentl

Woo 1917

union veröffentl

union und des

angriffspaltes

Am 13. Dezer

Sowjetbetriebsrat

lanjähliche

Matwost erklärt

Wahl eines N

aspekt, dagegen

tsch-mondkur

teilen einzulegen

wähl das Bedauer

nische Regierung

schlecht. Nichtob

Bildung eines Gr

Kate wird gelang

bedauerlichen

lichem Wege beiz

staaten die gegen

und jede Gegenp

regierung mit Wen

Japanische Re

lichten Notwendig

keit gebunden, d

habe. Dieser Sch

Japanischen Imper

China mit Krieg

binde werden die

Sowjetregierung

einmal in einhau

Sowjetunion und

nationsstreben

die

für die V

Bukarest

begrußt die Chines

getroffenen Weis

Die vom rum

unfallige Heunitt

Illieser Sphex

trages von Tri

einem Nichtaus

Kumantens auf

Ostent, allbe

die Hauptk

Europa spielt

Kumantens als

Kumantens mehr

Kumantens alle

mehr entfalten

Die KPD. Kum

zu helfen und d

internationalen

Arbeitslose

Wien, 17. J

Wiesing Rathaus

wenige an, die un

plante. Die Volk

plante Demonst

zur Stelle und

stranten los.

Zwischen

Tan

ERZÄHLUNG A

A Fortschun

Fred schloß ei

ich über alle Bie

Das Auge fleht

Schmerzlichen

Vorgeschichte. Zu

Ich viele Genoss

Beide Munt

Tungen eintreten

Ich. Die anderen

Dände.

„Schade“, sagt

hat mich ja erst

mat war der beg

nicht stützt.“

„War auch n

del. Doch Emil

draußens gekiebt

eben geschnappt

„Das sagste jep

„Ja, ich muß

nacht. Wir haben

fragt einer vom

„Heute abend

neum Ihr könnt

haben wir von

Emil steht of

bedrängt er.

Kazi gähnt la

Bett gehen möß

bis heute abend

Doppelt schme

Wie Schier mößte